

Studiengebühren

Marcel Herbst

7. Dezember 2012

In seiner Sitzung vom 5./6. Dezember beschloss der ETH-Rat, die Anträge der ETH-Zürich und der ETH-Lausanne “für eine verhältnismässige, sozial abgefederte und schrittweise Erhöhung der Studiengebühren” zu unterstützen und die beiden Schulen zu beauftragen, “gemeinsame Lösungen mit den Studierendenverbänden zu erarbeiten”. Dieser Schritt ist zu bedauern, und er zeigt, dass weder die beiden Hochschulen noch der ETH-Rat in der Lage sind, eine Problematik, die seit Jahren diskutiert wird, vernünftig zu positionieren und einer Lösung zuzuführen.

Die Erhöhung der Studiengebühren wird damit begründet, dass der Finanzierungsbeitrag des Bundes an den ETH-Rat, und damit an die beiden Hochschulen, nicht Schritt hält mit dem Wachstum der Zahl der Studierenden, und dass die Studiengebühren nur einen Bruchteil der Kosten decken, die ein Studium verursachen. Um die Qualität der Lehre weiterhin halten zu können, wäre demnach eine Erhöhung der Studiengebühren zwingend. Der Gedanke zur Erhöhung der Studiengebühren in der Schweiz mag sich an den Beispielen guter ausländischer Hochschulen orientieren, insbesondere amerikanischer, die wesentlich höhere Studiengebühren einfordern.

Weshalb unterhalten moderne Staaten Schulen, Hochschulen und Universitäten, deren Aufwand durch die Lehre, zumindest weitgehend, von der Öffentlichkeit getragen wird? Weil die Öffentlichkeit, und nicht nur das Individuum, das die Institutionen besucht, hiervon profitiert. Dieser gesellschaftliche Profit ist so gross, dass sich kein moderner Staat erlauben kann, eine ‘echte’ Privatisierung des Schulwesens ins Auge zu fassen: der Staat, die Gesellschaft, die Prosperität ist abhängig von den gut ausgebildeten Bürgern. Eine Erhöhung der Studiengebühren, wie wir sie seit 1980 in den USA beobachten können, bringt nichts: es ist zudem ein schlüpfriger Pfad, bei dem die Umkehr kaum

mehr möglich ist. Ein *Circulus vitiosus* wird in Gang gesetzt, in welchem auf die Erhöhung der Studiengebühren die Reduktion der Steuern erfolgt, und auf die Reduktion der Steuern die Erhöhung der Studiengebühren. Die Hochschulen sind gezwungen, das Stipendienwesen auszubauen, um Sozialverträglichkeiten zu garantieren, und ein ganz beachtlicher Teil der Gelder der Studiengebühren, vielleicht gar die ganze Summe, fliesst damit in das Stipendienwesen und die Verwaltung dieser Stipendienfonds, nicht in Lehre oder Forschung.

Was wären Alternativen zur Idee der Erhöhung der Studiengebühren? Hier gibt es mehrere, und diese wären zu studieren; insbesondere wären Lehre und Forschung effektiver anzubieten. Es fällt auf, dass die schweizerischen Universitäten, und namentlich die beiden technischen Schulen des ETH-Bereichs, nicht wenige ihrer Studenten im Verlaufe des Studiums verlieren: an der ETH-Zürich verlassen nach dem Propädeutikum rund ein Drittel der Eingeschriebenen (oder mehr noch) die Hochschule. Es ist offensichtlich, dass die ETH-Zürich "keine Spaghetti-Fabrik ist", wie es einst ETHZ-Präsident Nüesch treffend formulierte, aber es ist ebenso klar, dass sich keine Industrie eine entsprechend hohe Ausschussrate leisten könnte. An guten, korrespondierenden amerikanischen Hochschulen, mit denen sich der ETH-Bereich so gerne misst, liegt die Quote jener, die aus der Hochschule ohne Abschluss ausscheiden, nicht höher als 5-10%, also wesentlich tiefer. Amerikanische Hochschulen geben sich Mühe, jene, die zum Studium aufgenommen werden, zu einem gewinnbringenden Abschluss zu führen, während an den Schulen der ETH die umgekehrte Doktrin verfolgt wird: man versucht, um die Qualität des Studiums und des Abschlusses hochzuhalten, die Studierenden zu sieben. Dies kann nicht als effektiv gelten. Darüber hinaus sollte es auch für Laien klar sein, dass eine Pädagogik, die darauf ausgerichtet ist, Schüler und Studenten auszusieben, nicht die gleiche positive Wirkung erlangen kann wie eine Pädagogik des Einbezugs, der Förderung.

Während der letzten Jahrzehnte wuchs die Zahl der Schüler, die ein Gymnasium oder eine Mittelschule besuchen, in allen Ländern der entwickelten Welt stetig: wir beobachten mindestens eine Vervierfachung der Schülerzahlen während der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieses Wachstum hat vielfältige Ursachen, insbesondere die zunehmende Dominanz des tertiären Wirtschaftssektors, und es wird weiter anhalten. In dieser Situation ist der lokale Grundsatz, wonach jeder schweizer Maturand direkten Zugang zu hiesigen Hochschulen haben soll, nicht mehr zeitgemäss, zumal der Grundsatz nur bei universitären Institutionen gilt (von der Medizin abgesehen), nicht bei ausser-universitären Bildungsanstalten. Die Schweiz wird sich auf ein künftig diver-

sifiziertes Hochschulsystem einstellen müssen, mit Hochschulen, die sich primär der Lehre widmen (und die allen Maturanden offen stünden), und universitären Einrichtungen, die sich Lehre und Forschung widmen. Einzelner dieser Lehr- und Forschungseinrichtungen sollte das Recht eingeräumt werden, ihre Studierenden selbst auszuwählen; die Kriterien und Massnahmen hierzu wären bedachtsam, über eine längere Zeit hinweg, zu entwickeln.

Vor nicht so langer Zeit erlebte die Schweiz eine Reform des tertiären Bildungswesens, in das die früheren Technika integriert und die Fachhochschulen geschaffen wurden¹. Der Prozess der Schaffung der Fachhochschulen ist weit fortgeschritten und steht im wesentlichen vor der Abrundung; was noch nicht abgeschlossen ist, ist der breite Einbezug der Ausbildungen im Gesundheitswesen, und insbesondere jener Berufe, die (heute noch) mehrheitlich Frauen ansprechen. Eine erweiterte Reform drängt sich auf, indem — unter Einbezug der Fachhochschulen aller Formen — ein diversifiziertes und durchlässiges Hochschulwesen geschaffen wird, das allen jungen Menschen und Bildungswilligen Plattformen bietet zur persönlichen und beruflichen Entwicklung.

¹Marcel Herbst, Günther Latzel und Leonhard Lutz (Hrsg.), *Wandel im tertiären Bildungssektor*. vdf 1997.